

Deutscher Naturschutztag | Pressemitteilung

28. Deutsche Naturschutztag fordert Politik und Gesellschaft auf, das Naturkapital für zukünftige Generationen zu sichern

Mit der Forderung, noch Änderungen in der geplanten Föderalismusreform vorzunehmen, ging am 2. Juni der 28. Deutsche Naturschutztag (DNT) in Bonn zu Ende. Der Bundesverband Beruflicher Naturschutz e.V. (BBN) und der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V. als Mitveranstalter des DNT haben dazu eine Resolution zum Thema "Natur- und Umweltschutz aus einem Guss!" verabschiedet.[*]

Wesentliche Forderungen dieser Resolution sind:

- Die Kompetenzordnung zwischen Bund und Ländern sollte klarer und übersichtlicher gestaltet werden, um ein integriertes und europataugliches Umweltrecht zu ermöglichen. Daher ist eine Bundeskompetenz für den Natur- und Umweltschutz im Grundgesetz ohne Abweichungsmöglichkeiten der Länder notwendig.
- Die Politik muss eine effiziente und handlungsfähige Verwaltung im Naturschutz im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.
- In fast einer Woche mit Vorträgen und Arbeitskreisen wurden weitere wichtige fach- und gesellschaftspolitische Themen intensiv diskutiert. So hat sich der 28. DNT in einem Schwerpunkt mit dem Ehrenamt im Naturschutz beschäftigt und folgende Forderungen aufgestellt:
 - Es bedarf zumindest einer Gleichstellung des Ehrenamtes im Naturschutz mit anderen Ehrenämtern, wie z. B. in Wohlfahrts- und Sportverbänden. Dazu müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geändert werden.
 - Es bedarf einer systematischen und nachhaltigen Qualifizierung von Engagementwilligen und Aktiven.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Deutschen Naturschutztages begrüßten außerordentlich, dass die deutsche Bundesregierung die 9. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zur Biologischen Vielfalt 2008 nach Deutschland eingeladen hat, um die Inhalte dieser Konvention auch hier verstärkt zu behandeln und die Umsetzung der darin gestellten Aufgaben voran zu bringen.

Das Motto des 28. Deutschen Naturschutztages "Von lokalem Handeln und globaler Verantwortung" lief als roter Faden durch alle Veranstaltungen. Der DNT hat deutlich gemacht, dass das Motto nicht nur für die Aufgaben in der Vergangenheit steht, sondern insbesondere Richtschnur für den zukünftigen staatlichen und verbandlichen/ehrenamtlichen Naturschutz ist,

der sich den globalen Herausforderungen stellt und dazu beiträgt, den Menschen eine lebenswerte Umwelt langfristig zu sichern. Die Bedeutung dieser Naturschutzaufgabe wurde nachdrücklich auch auf dem Festakt "100 Jahre staatlicher Naturschutz" von Bundeskanzlerin Angela Merkel bestärkt. "Naturschutz ist auch kein Luxus, sondern Naturschutz muss zentraler Bestandteil der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für unsere Gesellschaft, unsere Kinder und unsere Nachkommen sein; und er ist es auch."

Der 29. Deutsche Naturschutztag 2008 wird auf Einladung des Landes Baden-Württemberg voraussichtlich in Karlsruhe stattfinden.

Weitere Informationen:

presse@bfn.de

info@dnr.de

RESOLUTION des 28. Deutschen Naturschutztags 2006 *

Natur- und Umweltschutz aus einem Guss!

Deutscher Naturschutztag fordert Änderungen bei der geplanten Föderalismusreform im Natur- und Umweltschutzbereich

Die Risiken der geplanten Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen, insbesondere für den Natur- und Umweltschutz, sind unverantwortbar. Die vorgesehenen Abweichungsrechte der Bundesländer können zum Abbau wichtiger Errungenschaften des Naturschutzes führen. Der DNT sieht mit großer Sorge, dass in einigen Bundesländern bereits eine substantielle Schwächung des Naturschutzes stattfindet; Gesetze können z.B. nicht mehr vollzogen werden und die Beteiligung der Bevölkerung wird eingeschränkt bzw. ganz aufgehoben.

Mindestens die zentralen Instrumente des Natur- und Gewässerschutzes, insbesondere die Eingriffsregelung, die Landschaftsplanung und die Beteiligungsrechte der Verbände, müssen einheitlich und verbindlich vom Bund geregelt werden. Dies gilt auch für die Raumordnung

Die Kompetenzordnung zwischen Bund und Ländern sollte klarer, einfacher und übersichtlicher gestaltet werden, um ein integriertes und europataugliches Umweltrecht zu ermöglichen. Dieses von der Politik wiederholt proklamierte Ziel wird im derzeitigen Entwurf nicht erreicht. Daher ist eine Bundeskompetenz für den Natur- und Umweltschutz im Grundgesetz ohne Abweichungsmöglichkeiten der Länder notwendig.

Die möglichen Auswirkungen dieser Föderalismusreform werden umso prekärer, weil in vielen Bundesländern im Natur- und Umweltschutzbereich schon jetzt überproportional eingespart wird, obwohl der Anteil für den Natur- und Umweltschutzbereich an den Haushalten nur 1-2 % beträgt. Gleichzeitig wachsen die Aufgaben und die Anforderungen an die Erledigung.

Durch die gleichzeitige Zerschlagung oder Dezimierung von Fachbehörden in den Bundesländern kann Natur- und Umweltschutz nicht mehr effizient umgesetzt werden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des DNT fordern:

- statt neuer Formen der Kleinstaaterei durch Abweichungsgesetzgebung ein einheitliches und verbindliches Umweltrecht,
- statt Abbau die Erhaltung der gemeinwohlorientierten Handlungsfähigkeit des Staates im Bereich der Natur- und Umweltschutzaufgaben,
- eine effiziente Verwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die die Handlungsfähigkeit im Natur- und Umweltschutzbereich sicherstellt.

Bonn, 2. Juni 2006

ViSdP:

Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN): Heinz-Werner Persiel

Deutscher Naturschutzring (DNR): Helga Inden-Heinrich

Deutscher Naturschutzring

Am Michaelshof 8-10

53177 Bonn

Tel. 0228 / 35 90 05

Fax 0228 / 35 90 96

eMail: info@dnr.de

www.dnr.de

--

Übermittelt durch DNR Redaktionsbüro Fachverteiler ++ Bitte ggf. weiterleiten ++ Fachverteiler abbestellen: <mailto:info-berlin@dnr.de?subject=keine-mails> ++ Info-Service mit eigener Themenauswahl: www.dnr.de/infoservice